

Allgemeine Geschäftsbedingungen von Net4ALL - Christian Lanegger Bernsteinstraße 26, A-4225 Luftenberg

1. Umfang und Gültigkeit/Änderung

1.1. Diese Allgemeinen Geschäftsbedingungen („AGB“) liegen sämtlichen Verträgen zwischen dem Auftragnehmer (Net4ALL - Christian Lanegger, Bernsteinstraße 26, A-4225 Luftenberg) und dem Auftraggeber, welchem zB Dienstleistungen als Programmierarbeit, Webhosting oder E-Maildienste erbracht werden, zugrunde. Der Auftragnehmer schließt Verträge nur unter Anwendung dieser AGB ab. AGB des Auftraggebers werden nur dann Bestandteil des Vertrages, wenn sie der Auftragnehmer ausdrücklich schriftlich anerkennt. Die Verpflichtungen des Auftragnehmers richten sich ausschließlich nach dem Umfang und Inhalt eines vom Auftragnehmer angenommenen Auftrages und diesen AGB.

1.2 Der Auftragnehmer behält sich das Recht vor, diese AGB jederzeit zu ändern. Es gilt die jeweils gültige Fassung dieser AGB als Vertragsbestandteil, welche auf der Website von Net4ALL www.net4all.at zu finden ist.

1.3 Ist der Auftraggeber Verbraucher im Sinne des KSchG, erhält er an die E-Mailadresse, welche er dem Auftragnehmer bekannt gegeben hat, rechtzeitig (zumindest vier Wochen vor Inkrafttreten der geänderten AGB) eine Information über die Änderungen der AGB übermittelt. Der Auftraggeber ist berechtigt, den Änderungen innerhalb einer Frist von vier Wochen ab Erhalt der Information schriftlich zu widersprechen. In diesem Fall gelten die AGB bis zum Ende der aktuellen Vertragslaufzeit unverändert weiter. Mit Ende dieser Vertragslaufzeit erlischt der Vertrag jedenfalls. Widerspricht der Auftraggeber nicht innerhalb der Vier-Wochen-Frist, gelten die geänderten AGB als vereinbart. Der Auftragnehmer wird den Verbraucher anlässlich der Information auf das Widerspruchsrecht und auf die Bedeutung der Nichtausübung hinweisen.

2. Vertragsabschluss

Sämtliche Verträge kommen mit der Unterschrift des Auftraggebers auf dem schriftlichen Angebot des Auftragnehmers zustande. Im Falle einer Online-Bestellung des Auftraggebers kommt der Vertrag erst mit der Übermittlung der Auftragsbestätigung des Auftragnehmers an den Auftraggeber zustande.

3. Rücktrittsrechte für Verbraucher iSd KSchG

Dem Verbraucher steht gemäß § 3 KSchG ein Rücktrittsrecht zu. Hat er seine

Vertragserklärung weder in den vom Auftragnehmer für seine geschäftlichen Zwecke dauernd benützten Räumen noch bei einem von ihm dafür auf einer Messe oder einem Markt benützten Stand abgegeben, so kann er von seinem Vertragsantrag oder vom Vertrag zurücktreten. Dieser Rücktritt kann bis zum Zustandekommen des Vertrages oder danach binnen einer Woche erklärt werden; die Frist beginnt mit der Ausfolgung einer Urkunde, die zumindest den Namen und die Anschrift des Unternehmers, die zur Identifizierung des Vertrages notwendigen Angaben sowie eine Belehrung über das Rücktrittsrecht enthält, an den Verbraucher, frühestens jedoch mit dem Zustandekommen des Vertrags zu laufen. Das Rücktrittsrecht besteht auch dann, wenn der Auftragnehmer oder ein mit ihm zusammenwirkender Dritter den Verbraucher im Rahmen einer Werbefahrt, einer Ausflugsfahrt oder einer ähnlichen Veranstaltung oder durch persönliches, individuelles Ansprechen auf der Straße in die vom Auftragnehmer für seine geschäftlichen Zwecke benützten Räume gebracht hat. Das Rücktrittsrecht steht dem Verbraucher nicht zu, wenn er selbst die geschäftliche Verbindung mit dem Auftragnehmer, oder dessen Beauftragten zwecks Schließung des Vertrages angebahnt hat oder wenn dem Zustandekommen des Vertrages keine Besprechungen zwischen den Beteiligten oder ihren Beauftragten vorangegangen sind. Der Rücktritt bedarf zu seiner Rechtswirksamkeit der Schriftform. Zur Wahrung der Frist genügt die rechtzeitige Absendung der Rücktrittserklärung. Gemäß § 5e KSchG kann der Verbraucher von einem im Fernabsatz geschlossenen Vertrag oder einer im Fernabsatz abgegebenen Vertragserklärung bis zum Ablauf einer Frist von 7 Werktagen, wobei der Samstag nicht als Werktag zählt, zurücktreten. Es genügt, wenn die Rücktrittserklärung innerhalb der Frist abgesandt wird. Die Rücktrittsfrist beginnt bei Verträgen über die Erbringung von Dienstleistungen mit dem Tag des Vertragsabschlusses. Der Verbraucher hat kein Rücktrittsrecht bei Verträgen über Dienstleistungen, mit deren Ausführung dem Verbraucher

Liefertermin

Als Liefertermin gilt der im Angebot festgelegte Zeitpunkt. Der Zeitpunkt verschiebt sich um jene Tage nach hinten, die der Auftragnehmer aus irgendwelchen Gründen, welche außerhalb seiner Sphäre liegen, wie zB fehlende Inhalte, Daten oder Antworten, Höhere Gewalt usw, an seiner Leistungserbringung gehindert ist.

Zahlungsbedingungen, Verzug

5.1. Der Auftragnehmer verrechnet seine Leistungen je nach Leistungsart. Soweit im Abschnitt "Abrechnung" dieser AGB nicht anders geregelt, werden einmalige Leistungen wie Websiteprogrammierungen uä. grundsätzlich nach Fertigstellung im Nachhinein, wiederkehrende Leistungen wie Hosting, E-Mailservice uä im Voraus verrechnet. Bei einem Auftragswert ab € 3.000,-- (exkl. USt) wird dem Auftraggeber eine Akontozahlung in Höhe von 50% des Auftragswerts in Rechnung gestellt.

Sämtliche Rechnungen sind innerhalb von 14 Tagen ab Erhalt der Rechnung zu begleichen,

sofern dem Auftragnehmer keine Bankeinzugsermächtigung erteilt wurde. Ist der Rechnungsbetrag innerhalb von 14 Tagen nicht oder nur teilweise beglichen, gerät der Auftraggeber automatisch in Verzug. Der Auftraggeber schuldet in diesem Fall die gesetzlichen Verzugszinsen.

Im Verzugsfall versendet der Auftragnehmer zumindest eine Mahnung an die zum betreffenden Zeitpunkt in der Kundendatenbank verzeichnete Rechnungsanschrift des Auftraggebers.

Zusätzlich ist

der Auftragnehmer zur Sperre seiner Leistungen an den Auftraggeber gemäß Abschnitt "Sperre" dieser AGB berechtigt.

In jedem Fall hat der Auftraggeber dem Auftragnehmer die notwendigen Kosten der zweckentsprechenden Betreuung oder Einbringung der Forderung zu ersetzen. Unternehmer iSd KSchG haben dem Auftragnehmer zumindest die gesetzliche Pauschalentschädigung für Betreuungskosten in Höhe von € 40,- zu ersetzen (§ 458 UGB).

Webhosting

Der Auftraggeber ist damit einverstanden, dass der Webhost ohne Ankündigung auf einen anderen Server übersiedelt werden kann. Bei einer Übersiedlung können neue Zugangsdaten oder neue E-Mail-Postfächer angelegt werden. Die alten Postfächer sind vom Auftraggeber vor Abschalten des ursprünglichen Servers abzurufen. In diesem Falle wird der Auftraggeber mindestens eine Woche vor der Serverabschaltung darüber informiert.

Eigentumsvorbehalt

Die vom Auftragnehmer geleisteten Arbeiten (Programme, Websites, Scripte, Codes, usw.) bleiben bis zur vollständigen Bezahlung im geistigen Eigentum des Auftragnehmers.

Allgemeine Rechte und Pflichten des Auftraggebers

Der Auftraggeber ist selbst verantwortlich für die Kompatibilität der von ihm verwendeten Hard- und Softwarekomponenten (zB Verwendung aktueller Browser- und E-Mailclientversionen). Der Auftraggeber ist verpflichtet, seine Adressdaten (Postanschrift und E-Mail) aktuell zu halten und eine Änderung seiner Adressdaten dem Auftragnehmer umgehend schriftlich zu melden. Der Auftraggeber hat die Zugänge in seinem persönlichen elektronischen Postfach (E-Mail) regelmäßig zu kontrollieren. Der Auftragnehmer behält sich das Recht vor, elektronische Post, die mehr als die zulässige Speicherkapazität in Anspruch nimmt, nach vorheriger Ankündigung zu löschen. Die EMail-Konten dürfen nur für eigene Zwecke des Auftraggebers angelegt und verwendet werden. Sie dürfen nicht weiter vermietet oder anderweitig kommerziell genutzt werden.

Das Anbieten von Diensten wie Chats, Online-Spielen, udgl. ist nur nach vorheriger schriftlicher Zustimmung des Auftragnehmers und nur dann, wenn es das Verhalten des Servers nicht beeinträchtigt, erlaubt.

Der Auftraggeber ist dafür verantwortlich, dass Jugendliche unter 18 Jahren keinen Zugang zu Webseiten haben, die nur für Personen über 18 Jahren bestimmt sind.

Über die Domain des Auftraggebers dürfen keine rechtswidrigen Inhalte, wie zB die folgenden, verbreitet werden:

- im Sinne des StGB strafrechtlich relevante Inhalte
- pornographische Schriften, Ton- oder Bildaufnahmen und Darstellungen jeder Art
- Verherrlichung von oder Aufrufe zur Gewalt
- Rassendiskriminierungen jeglicher Art und insbesondere strafbare Äußerungen im Sinne des Verbotsgesetzes 1947
- unerlaubte Glücksspiele im Sinne des Glückspielgesetzes
- Informationen, die Urheberrechte, verwandte Schutzrechte oder andere Immaterialgüterrechte
- Datei-Downloadseiten (insbesondere Software, Film- und Musikdateien)

Das Versenden von Werbe-E-Mails oder Massenmails (Spamming, Mail Bombing) durch den Auftraggeber an Dritte, ohne von diesen eine vorherige Zustimmung erhalten zu haben, ist unzulässig.

Von Daten, die vom Auftraggeber - gleich in welcher Form - an den Auftragnehmer übermittelt werden, hat der Auftraggeber Sicherungskopien herzustellen. Auch wenn die Server des Auftragnehmers regelmäßig gesichert werden, ist der Auftraggeber für seine übermittelten Daten verantwortlich. Für den Fall des Datenverlusts ist der Auftraggeber verpflichtet, die betreffenden Daten nochmals und unentgeltlich an den Auftragnehmer zu übermitteln.

Der Auftraggeber ist verpflichtet, den Auftragnehmer von Unterbrechungen oder Störungen des Services unverzüglich zu informieren, um dem Auftragnehmer, soweit dieser dazu vertraglich verpflichtet ist, die Problembhebung zu ermöglichen, bevor der Auftraggeber Dritte – aus welchem Grund immer – mit der Problembhebung beauftragt. Verletzt der Auftraggeber diese Informationspflicht, ist der Auftragnehmer frei von jeglicher Ersatzpflicht betreffend die dadurch verursachten Schäden und Aufwendungen des Auftraggebers (zB Kosten des beauftragten Dritten).

Vertragsspezifische Rechte und Pflichten des Auftraggebers

Webhosting: Als Transfervolumen ist die im Vertrag festgelegte Menge an GB/Monat zulässig, bei Überschreitung werden 2,- / angefangeneme 10 GB Paket in Rechnung gestellt.

Bei Überschreiten des im Vertrags festgelegten Speicherplatzes wird der User per Email abgemahnt, evtl. anfallende Kosten sind dem Auftragnehmer zu ersetzen.

Der Auftraggeber hat keinen Anspruch auf Serverzugang via SSH.

Email: Emailspeicherplatz ist grundsätzlich nicht beschränkt, unterliegt aber dem Fair-Use-Prinzip. Dabei sind 1 GB Speicherplatz je Emailaccount inklusive, bei Überschreitung um mehr als 50% wird der User abgemahnt, evtl. anfallende Kosten sind dem Auftragnehmer zu ersetzen. Zugriff auf die Emailaccounts ist via Pop3 und Imap möglich, Emails werden nach 60 Tagen automatisch vom Server gelöscht.

Passwörter: Passwörter werden verschlüsselt gespeichert und können nicht ausgelesen werden, der User kann aber neue Passwörter vergeben.

Vertragsdauer, Kündigung

Bei Webpace-Paketen, Wartungsverträgen sowie Betreuungsverträgen gilt die Mindestvertragslaufzeit lt. Angebot, danach verlängert sich die Laufzeit jeweils monatlich (falls im Angebot nicht anders angegeben). Eine Kündigung ist monatlich möglich (Kündigungsfrist: 30 Tage).

Bei Domains beträgt die Mindestvertragslaufzeit jeweils 1 Jahr (falls im Angebot nicht anders angegeben) und verlängert sich danach jeweils wieder um 1 Jahr. Eine Kündigung ist jährlich möglich (Kündigungsfrist: 60 Tage vor Auslaufen der Domain).

Abrechnung

Bei Webpace-Paketen, Wartungsverträgen sowie Betreuungsverträgen erfolgt die Abrechnung lt. den im Angebot angeführten Abrechnungszeiträumen und -bedingungen. Domains werden grundsätzlich jährlich im Voraus abgerechnet (falls im Angebot nicht anders angegeben).

Preisanpassung

Preisänderungen werden dem Auftraggeber zumindest zwei Monate vor deren Inkrafttreten über

die E-Mailadresse, welche er dem Auftragnehmer bekannt gegeben hat, mitgeteilt. Der Auftraggeber ist berechtigt, den Änderungen innerhalb einer Frist von vier Wochen ab Erhalt der Mitteilung schriftlich zu widersprechen. In diesem Fall gelten die ursprünglich vereinbarten Preise bis zum Ende der aktuellen Vertragslaufzeit unverändert weiter. Mit Ende dieser Vertragslaufzeit erlischt der Vertrag jedenfalls.

Widerspricht der Auftraggeber nicht innerhalb der Vier-Wochen-Frist, gelten die geänderten Preise als vereinbart und werden ab dem bekanntgegebenen Stichtag (das ist grundsätzlich der Beginn einer neuen Vertragslaufzeit) verrechnet. Ist der Auftraggeber Verbraucher iSd KSchG, wird ihn der Auftragnehmer anlässlich der Mitteilung auf das Widerspruchsrecht und auf die Bedeutung der Nichtausübung hinweisen.

Übertragung der Rechte und Pflichten aus dem Vertrag

Der Auftraggeber kann Rechte und Pflichten aus diesem Vertrag nur nach schriftlich erteilter Zustimmung des Auftragnehmers auf einen Dritten übertragen.

Datenschutz

Der Auftraggeber erteilt hiermit seine Zustimmung, dass er auf der Website und in Prospekten des Auftraggebers als Referenzkunde angegeben und seine Website als Link, Grafik oder Text abgedruckt werden darf. Der Auftraggeber kann diese Zustimmung jederzeit schriftlich widerrufen.

Der Auftragnehmer behält sich das Recht vor, Auftraggeberdaten elektronisch zu speichern. Die Verwendung dieser Daten unterliegt dabei den einschlägigen datenschutzrechtlichen Bestimmungen.

Urheberrechte

Für alle Fotos, Grafiken, Texte uä, die der Auftraggeber dem Auftragnehmer zur Verfügung stellt,

verbleiben die urheberrechtlichen Verwertungsrechte beim Auftraggeber oder dem dritten Urheber. Die Abklärung des Nutzungsrechts betreffend Inhalte, die dem Auftraggeber von einem Dritten zur Verfügung gestellt werden, obliegt allein dem Auftraggeber.

Der Auftragnehmer überträgt dem Auftraggeber die für den jeweiligen vertraglichen Zweck erforderlichen Nutzungsrechte. Soweit nicht anders vereinbart, wird jeweils nur das nicht ausschließliche, nicht übertragbare Nutzungsrecht eingeräumt. Die Nutzungsrechte gehen erst nach vollständiger Bezahlung des vereinbarten Entgelts durch den Auftraggeber auf diesen über.

Im Übrigen verbleiben für alle allein vom Auftragnehmer erstellten Fotos, Grafiken, Layouts und Texte (zB Buttons, Hintergründe und Navigationsmenüs) sämtliche Nutzungsrechte beim Auftragnehmer.

Der Auftragnehmer wird Inhalte, die er für die Leistungserbringung verwenden möchte und an denen ein Dritter Urheberrechte hat, nur nach vorheriger Abstimmung mit dem Auftraggeber verwenden, der auch eine allfällige Lizenzgebühr zu entrichten hat. Der Auftragnehmer hat dafür zu sorgen, dass der Auftraggeber diese Inhalte rechtmäßig nutzen kann. Der Auftraggeber darf diese Inhalte jedoch nur auf seiner, vom Auftragnehmer erstellten Website nutzen. Jedwede Nutzung für andere Zwecke (Vervielfältigung, Zurverfügungstellung an Dritte oä) ist dem Auftraggeber untersagt. Sollte der Auftraggeber eine Nutzung für andere Zwecke wünschen, hat er die dafür erforderlichen Lizenzrechte selbst einzuholen.

Für vom Auftraggeber selbst onlinegestellte Inhalte jeglicher Art (Dateien, Bilder, Texte, Videos usw.) erklärt er, dass er über die vollen Nutzungsrechte verfügt, für jegliche Inhalte dieser Art die der Auftraggeber selbst via FTP, Web, CMS usw. Onlinestellt übernimmt der Auftragnehmer keinerlei Haftung.

Gewährleistung

Der Auftragnehmer betreibt die angebotenen Dienste unter dem Gesichtspunkt höchstmöglicher

Sorgfalt, Zuverlässigkeit und Verfügbarkeit, übernimmt jedoch keine Gewährleistung dafür, dass diese Dienste ohne Unterbrechung zugänglich sind, oder dass alle gespeicherten Daten erhalten bleiben. Sollten jedoch die Hostingdienste über einen Zeitraum von mehr als 24 Stunden durchgehend nicht verfügbar sein, dann verlängert sich der vertraglich vereinbarte Nutzungszeitraum für den Auftraggeber um diesen Zeitraum. Dies gilt nicht bei Unterbrechungen durch Störungen, die zB in nationalen und internationalen Netzbereichen auftreten oder aus anderen Gründen außerhalb der Sphäre des Auftragnehmers liegen. Der Auftragnehmer übernimmt keine Gewährleistung dafür, dass die Domain des Auftraggebers von allen Endgeräten aus problemlos benutzbar ist.

Im Übrigen ist die Gewährleistung auf reproduzierbare (laufend wiederholbare) Mängel beschränkt. Kommt es aufgrund von technologisch zweckmäßigen Änderungen der Services des Auftragnehmers zu Inkompatibilitäten beim Auftraggeber, sind jegliche Ansprüche gegen den Auftragnehmer ausgeschlossen.

Der Auftragnehmer leistet keine Gewähr für Fehler, Hackerangriffe oä.

Der Auftragnehmer leistet keine Gewähr für den Verlust oder die Veränderung von E-Mail-Nachrichten.

Der Auftragnehmer leistet weiters keine Gewähr für Betriebsunterbrechungen, die der Störungsbehebung, der Wartung, der Umstellung der Infrastruktur (Umschaltungen usw) oder der

Einführung neuer oder anderer Technologien dienen.

Sollte sich im Zuge einer Mangel- oder Störungsbehebung herausstellen, dass die Ursache dafür in der Leistung und damit Verantwortung eines Dritten liegt, hat der Auftraggeber dem Auftragnehmer sämtliche mit der Prüfung oder der Mangelbehebung verbundenen Aufwendungen zu ersetzen.

Haftung

Der Auftragnehmer haftet für keine Schäden oder Datenverlust, welche durch unvermeidbare Sicherheitslücken oder Fehler eines Redaktionssystems wie TYPO3 hervorgerufen werden und somit nicht vom Auftragnehmer verursacht wurden. Weiters haftet der Auftragnehmer nicht für den Verlust allfälliger vom Auftraggeber selbst gelöschter Daten. Gegen eine Gebühr, welche nach Dauer der Arbeit verrechnet wird, kann der Auftragnehmer versuchen, die gelöschten Daten wiederherzustellen.

Der Auftragnehmer haftet nicht für Schäden, die dem Auftraggeber durch Dritte zugefügt werden.

Dazu gehören zB auch Schäden durch Computerviren.

In jedem Falle ist die Haftung des Auftragnehmers auf direkte Sachschäden, die zumindest grob fahrlässig verschuldet wurden, beschränkt. Die Schadenersatzpflicht bei bloß leichter Fahrlässigkeit ist dagegen ausgeschlossen. Die Haftung für bloße Vermögensschäden, indirekte Schäden, Folgeschäden, entgangenen Gewinn und Datenverlust ist jedenfalls ausgeschlossen. Der Auftragnehmer haftet nicht für den Inhalt von vom Auftraggeber oder Dritten übermittelter Daten und für den Inhalt von Daten, die über den Auftraggeber für Dritte zugänglich sind.

Sämtliche Haftungsbeschränkungen gelten nicht im Falle von Personenschäden.

Der Auftraggeber haftet für sämtliche Schäden, die dem Auftragnehmer aus einem Verstoß des Auftraggebers gegen dessen Pflichten aus dem Vertrag und diesen AGB entstehen. Umgekehrt ist die Haftung des Auftragnehmers für Schäden, die dem Auftraggeber aus Verletzung dessen Pflichten gemäß dem Vertrag und diesen AGB entstehen, jedenfalls ausgeschlossen,

Der Auftraggeber haftet für sämtliche Schäden, die dem Auftragnehmer dadurch entstehen, dass

Dritte an ihn Ansprüche betreffend vom Auftraggeber zur Verfügung gestellter Inhalte stellen und hat den Auftragnehmer diesbezüglich schad- und klaglos zu halten.

Sperre

Der Auftragnehmer behält sich das Recht vor, die Domain des Auftraggebers bei missbräuchlicher Verwendung mit sofortiger Wirkung auf Kosten des Auftraggebers zu sperren. Als missbräuchliche Verwendung gilt insbesondere die Nichterfüllung der im Vertrag und in diesen AGB genannten Pflichten des Auftraggebers (insbesondere Zahlungspflicht). Die Sperre bleibt solange bestehen, bis der jeweilige Sachverhalt geklärt ist oder der Auftraggeber den Beweis für die tatsächliche Unbedenklichkeit der Inhalte erbringt.

Der Auftragnehmer behält sich zudem das Recht vor, die Domain des Auftraggebers auf dessen Kosten zu sperren, falls dessen Benutzerverhalten in irgendeiner Weise das Betriebsverhalten des Servers des Auftragnehmers beeinträchtigt.

Im Falle von Verstößen des Auftraggebers gegen seine, in diesen AGB festgelegten Pflichten, behält sich der Auftragnehmer neben der Sperre gemäß diesem Abschnitt 18 die Geltendmachung von Schadenersatzansprüchen gegen den Auftraggeber ausdrücklich vor.

Anwendbares Recht, Gerichtsstand

Es gilt österreichisches Recht unter Ausschluss seiner internationalen Verweisungsnormen und des UN-Kaufrechts. Als Gerichtsstand gilt Linz/Donau als vereinbart.

Sonstiges

Sollten eine oder mehrere Bestimmungen dieser AGB unwirksam sein oder werden, so berührt dies die Gültigkeit der übrigen Bestimmungen nicht. Die Vertragspartner werden sich in diesem Falle um Regelungen bemühen,